

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Falsche Weichenstellungen für den Euro

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1997) : Falsche Weichenstellungen für den Euro, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 6, pp. 310-311

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137484>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Falsche Weichenstellungen für den Euro



Hans-Eckart Scharrer

Wird der Euro „hart wie die Mark“? Kann er die beschäftigungs- und wachstumspolitischen Verheißungen erfüllen, die Politiker mit ihm verbinden? Und wird er sich politisch als Ferment für den europäischen Einigungsprozeß erweisen? Die Entwicklungen der letzten Monate, und erst recht der letzten Wochen, haben den Zweifeln neue Nahrung gegeben: der mißglückte Versuch des Bundesfinanzministers, sich aus der selbst gestellten „Drei-Komma-Null-Falle“ durch einen Buchhaltungstrick zu befreien; die Fundamentalkritik der neuen französischen Regierung an dem geldpolitischen Ordnungsrahmen von Maastricht und an der Marktwirtschaft schlechthin; und die fehlende Bereitschaft, mit der Währungsunion auch ihre Konsequenzen – mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten – zu wollen und sich aktiv darauf vorzubereiten. Dieses sind schlechte Voraussetzungen für einen guten Start. Die Währungsunion hat noch nicht begonnen, da erweist sie sich politisch bereits als Spaltpilz Europas. Und es wird schon darüber spekuliert, wann sie wohl wieder zerbricht.

Von ihrer ganzen Idee her ist die Währungsunion auf Dauer angelegt. Tatsächlich müßte nicht nur ihr frühes Zerbrechen den politischen Einigungsprozeß weit zurückwerfen; auch ein Dauerkonflikt zwischen den Teilnehmerländern über den Kurs der gemeinsamen Geldpolitik oder über die Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Kosten und Gewinne der Währungsunion wäre für Europa alles andere als förderlich. Dennoch sind als Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen weder ein Dauerkonflikt noch ein Scheitern auszuschließen. Ein systematischer Defekt ist die Diskrepanz zwischen der geplanten Dauerhaftigkeit des Unternehmens und der kurzsichtigen, auf das Jahr 1997 verengten Perspektive bei der Bestimmung des Teilnehmerkreises. Dieser Defekt wird durch widersprüchliche Aussagen im Maastricht-Vertrag provoziert: Der Vertrag fordert zwar einen hohen Grad an „dauerhafter Konvergenz“; Maßstab dafür ist jedoch die Einhaltung der Konvergenzkriterien im Referenzjahr 1997.

Die Kurzsichtigkeit zeigt sich am auffälligsten beim Haushaltskriterium, das eine Reihe von Kandidaten – darunter zuletzt leider auch die Bundesrepublik Deutschland – mit mehr oder minder „kreativen“ Buchhaltungstricks 1997 zu erfüllen suchen. Die – nur innenpolitisch zu erklärende – deutsche Fokussierung auf die Drei-Komma-Null leistet dieser kurzsichtigen Orientierung ungewollt Vorschub und hat dazu beigetragen, den Bundesfinanzminister mit seiner „Operation Goldfinger“ auf einen vermeidbaren Irrweg zu locken. Statt auf 3,0% für 1997 müßte bei allen Kandidaten auf den überzeugenden Nachweis einer dauerhaften Haushaltskonsolidierung gesetzt werden – selbst wenn dabei im laufenden Jahr nur 3,4% herauskommt (was der Vertrag zuläßt und der Währungsunion nicht schadet).

Dauerhaftigkeit ist auch das Schlüsselwort für die Erfüllung des Inflations- und des Wechselkurskriteriums. Zu den Kennzeichen einer Währungsunion gehört bekanntlich, daß der Wechselkurs als Anpassungsinstrument zum Ausgleich divergierender Lohn- und Preisentwicklungen nicht mehr zur Verfügung steht. Diese müßten sich vielmehr in regionalen Beschäftigungsverlusten und -gewinnen niederschlagen. Sollen die Beschäftigungsrisiken bei der Schaffung eines „harten Euro“ klein gehalten werden, so ist demnach die Preis- und Wechselkursperformance in mittelfristiger Perspektive zu prüfen – und nicht die formale Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem (EWS) mit seiner Wechselkurs-Schwankungsbreite von $\pm 15\%$. Es ist gerade vier bis fünf Jahre her, daß mehrere Länder, die in die Währungsunion drängen, zum Ausgleich aufgelaufener Preis- und Lohndifferenzen Abwer-

tungen ihrer Währungen um 20% bis 30% hinnehmen mußten. Gibt es überzeugende Hinweise darauf, daß die Unterschiede in den Kosten- und Preistrends, die über mehrere Jahrzehnte das Bild bestimmten, jetzt zu einem plötzlichen Ende gekommen sind, so daß auf innergemeinschaftliche Wechselkursanpassungen in Zukunft getrost verzichtet werden kann und ein stabiler Euro akzeptiert, ja gewollt wird?

Gegen diese Annahme spricht der jüngst in voller Schärfe wieder aufgebrochene Glaubenskrieg zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über den Stabilitätspakt, über die Rolle stabilen Geldes und einer unabhängigen Notenbank und, fundamentaler, über die angemessene wirtschaftspolitische Strategie angesichts der internen und globalen wirtschaftlichen Herausforderungen. Will Jospin seine Wahlversprechungen wahr machen – Anhebung des Mindestlohnes, Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Schaffung von je 350 000 staatlich finanzierten Arbeitsplätzen im öffentlichen und privaten Sektor bei gleichzeitiger Senkung der Mehrwertsteuer, Stopp der Privatisierungen –, dann wird Frankreich um eine Abwertung seiner Währung nicht herumkommen. Der sich abzeichnende Handel Stabilitätspakt gegen Beschäftigungskapitel ist nicht geeignet, die fundamentalen ordnungspolitischen Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland auszuräumen. Im Gegenteil: Er trägt den Konflikt in die Währungsunion hinein. Zugleich gibt er Anlaß zu der Sorge, daß damit die Weichen in der Währungsunion auf mehr Staatsinterventionismus und Protektionismus gestellt werden – rückwärtsgerichtete Rezepte, die untauglich sind, Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu realisieren und den Sozialstaat zu sichern.

Problematisch in diesem Zusammenhang ist nicht, daß die französische Regierung für Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigung eintritt. Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze ist in der Tat dringend geboten. Das Rezept dafür ist aber nicht eine expansive Fiskalpolitik, die die Verschuldung weiter wachsen läßt, oder staatssozialistische Eingriffe, die den Markt zusätzlich stören, sondern die Deregulierung der Arbeits- und Gütermärkte und eine schrittweise Rückführung des staatlichen Sektors. Die bei der Beschäftigungspolitik erfolgreichen Länder in Europa – Großbritannien, Niederlande, Dänemark, aber auch Portugal und Spanien – demonstrieren dies. Die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den EU-Vertrag machte deshalb dann Sinn, wenn es als Hebel für das Aufbrechen von Verkrustungen gedacht wäre, die Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern. Tatsächlich scheint es die Absicht Frankreichs und anderer Befürworter des Kapitels zu sein, diese Verkrustungen noch möglichst lange zu bewahren und durch „europäisch“ sanktionierte Staatsausgaben zu subventionieren.

Diese Absicht steht in krassem Widerspruch zu den Erfordernissen der Währungsunion. Sie wird bei gemeinsamem Geld und geringer innereuropäischer Arbeitsmobilität auf Dauer nur dann Bestand haben, wenn die Tarifparteien auf betriebliche und/oder gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsprobleme elastisch reagieren und die Regierungen den Herausforderungen des Standortwettbewerbs flexibel begegnen können. Dezentralisierung und nicht Zentralisierung der Entscheidungen auf europäischer Ebene lautet deshalb das Gebot. Mit dem Beschäftigungskapitel werden die Weichen falsch gestellt, nicht zuletzt, weil es Erwartungen Vorschub leistet, man könne so weitermachen wie bisher. Die Bundesregierung wäre gut beraten, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einen engeren Schulterschuß mit Tony Blair und anderen „modernen“ Regierungschefs zu suchen.

Bringt eine Verschiebung der Währungsunion einen Ausweg aus den Dilemmata? Das ist nicht wahrscheinlich. Geht man davon aus, daß es bei den Konvergenzkriterien auf dauerhafte Konvergenz und nicht auf die punktgenaue Erfüllung in einem einzelnen Referenzjahr ankommt, dann ist von einer Verschiebung um ein bis zwei Jahre keine Verbesserung der Startbedingungen zu erwarten. Der ordnungspolitische Gegensatz mit Frankreich ist ein langfristiges Phänomen, das sich durch Verschiebung der Währungsunion nicht bereinigen läßt. Meint man, die Union ungeachtet fortbestehender konzeptioneller Unterschiede dennoch verwirklichen zu können, dann muß man auf Dauer bereit sein, für die eigenen marktwirtschaftlichen und stabilitätspolitischen Grundsätze auch um den Preis des Konflikts zu kämpfen. Die eigene ordnungspolitische Glaubwürdigkeit muß sich dabei in Taten, nicht in Worten beweisen – auch in der Arbeitsmarktpolitik. Dies gebietet auch das Eigeninteresse in einer Union, in der die Schnellen die Langsamen überrunden werden. Die Verschiebungsdiskussion ist geeignet, von der vordringlichen Aufgabe abzulenken: sich in Deutschland standortpolitisch für eine „große“ Währungsunion zu rüsten.